**A N T R A G**

**der Abgeordneten Metin Kaya, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Regelmäßigen Hamburger Monitor gegen menschenfeindliche Tendenzen einrichten**

*Diverse Studien und Erhebungen zeigen, dass Diskriminierung und menschenfeindliche Tendenzen in Deutschland weiter verbreitet sind, als es der Anspruch einer offenen, toleranten Gesellschaft erwarten ließe: So zeigen Zahlen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass Beschwerden wegen rassistischer Diskriminierung im vergangenen Jahr drastisch zugenommen haben (Steigerung um 80%). Jede:r zweite Befragte mit Migrationshintergrund hatte laut einer repräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2016 in den vorigen zwei Jahren Diskriminierung erlebt. In der Gesamtbevölkerung war es etwa jede:r Dritte. Auch in Hamburg zeigen erste Erhebungen, dass Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung Probleme in der Stadtgesellschaft und den Institutionen darstellen (so zuletzt die von der Fraktion DIE LINKE durchgeführte Studie zu sozialer Ungleichheit während der Pandemie: oder das HAW-Forschungsprojekt CHIEF).*

*Der Hamburger Senat arbeitet mit einigen Konzepte in den Themenfeldern Antidiskriminierung und Chancengleichheit – als recht solide ausgearbeitete Konzepte seien hier insbesondere das sogenannte Integrationskonzept und das Landesprogramm zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus benannt. Diskriminierung als Hindernis für Teilhabe bleibt im Integrationskonzept allerdings außen vor. Das spiegelt sich auch in der Wahl des Titels „Integrationskonzept“. Das Landesprogramm zur Prävention und bekämpfung von Rechtsextremismus widmet sich auch der Verbreitung menschenfeindlicher Tendenzen in der Hamburgischen Bevölkerung. Allerdings ist die Datenlage hier ausschließlich auf Straftatbestände beschränkt und lässt viele empirisch relevanten Informationen außen vor.*

*Was fehlt, ist ein Monitoring, welches die Verbreitung verschiedener Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit innerhalb der Hamburger Stadtbevölkerung misst. Ähnlich wie die Leipziger Autoritarismus-Studie könnte eine solche Erhebung regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführt werden. Anhand einer repräsentativen Stichprobe kann fundiertes Wissen über die Verbreitung menschenfeindlicher Ansichten innerhalb der Hamburger Stadtbevölkerung erlangt werden, welches bislang fehlt. Die regelmäßige Erhebung würde wichtige Erkenntnisse darüber liefern, wie wirksam Senatsstrategien gegen verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind, was gut funktioniert und wo Nachholbedarf besteht. Gute Politik sollte auf belastbaren wissenschaftlichen Daten basieren – das ist auch in der Corona-Pandemie deutlich zutage getreten. Es ist daher aus wissenschaftlicher wie aus politischer Perspektive wünschenswert, eine externe, unabhängige regelmäßige Erhebung in die Diskussion einzubringen.*

*Auf Bundesebene gibt es bereits Erkenntnisse, die zeigen, dass menschenfeindliche Einstellungen nicht nur an den politischen „Rändern“ zu finden sind, sondern sich durch alle Schichten der Gesellschaft ziehen. Allgemein fehlen aber belastbare wissenschaftliche Daten zur Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in Hamburg. In München wurde der „München Monitor“ als vergleichbares Projekt eingerichtet, welcher regelmäßig Einstellung bezüglich Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erheben und die entsprechende Politik auf ein tragfähiges Fundament stellen soll. Hamburg sollte sich von diesem Vorstoß anregen lassen, ein eigenes vergleichbares Projekt auf die Beine zu stellen, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit strukturiert zu messen und passende Maßnahmen entwickeln, implementieren und überprüfen zu können.*

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. die Durchführung eines regelmäßigen Monitorings im Zweijahresrhythmus hinsichtlich der Verbreitung von Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Hansestadt Hamburg,
2. das besagte Monitoring von einer externen wissenschaftlichen Institution, die Expertise im Bereich Sozialforschung und Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist, durchführen zu lassen,
3. zusammen mit zivilgesellschaftlichen Expert:innen und weiteren Akteur:innen einen runden Tisch für die partizipative Besprechung der Monitoring-Ergebnisse und das Erarbeiten von gemeinsamen Lösungsansätzen einzurichten.